



## Die Präsidentenwahl in den USA

Sehr geehrte Damen und Herren,

eigentlich wollte ich die letzte Kolumne dieses Jahres einem anderen Thema widmen, aber der überraschende Ausgang der Präsidentenwahl in den USA zwingt mich zu einer Aktualisierung. Die Brexit-Entscheidung der Briten ist schon anders ausgefallen als von den meisten politischen Beobachtern prognostiziert. Aber hätten Sie ernsthaft geglaubt, dass die Amerikaner einen Mann zum Präsidenten wählen würden, der seinen Wahlkampf mit rassistischen und sexistischen Verunglimpfungen und nachweisbaren Unwahrheiten geführt hat? Aber so ist es nun einmal gelaufen, und wir reiben uns verwundert die Augen und fragen uns, wie das passieren konnte.

Die erste Antwort ergibt sich aus dem amerikanischen Wahlsystem. Aus deutscher Sicht sind wir es gewöhnt, in den Kategorien des Verhältniswahlrechts auf Staatsebene zu denken. Aber in den USA wird der Präsident nicht direkt vom Volk gewählt, sondern auf dem „Umweg“ über 538 Wahlmänner, die nach dem Mehrheitswahlrecht in den 50 Ländern (Bundesstaaten) bestimmt werden. Zwar hat Hillary Clinton als Kandidatin der Demokraten insgesamt rund 230.000 Stimmen mehr bekommen als Donald Trump. Das nutzt ihr aber nichts, weil der Kandidat der Republikaner über die Wahlentscheidungen in den einzelnen Bundesstaaten die Mehrheit der Wahlmänner auf sich versammeln konnte. Denn hier gilt das „The winner takes all“-Modell, nach dem der Kandidat, der in einem Bundesstaat die Mehrheit der Wählerstimmen gewinnt, sämtliche Wahlleute dieses Staates erhält.

Das kann jedoch nicht alles sein! Wir müssen schon nach tiefer liegenden Begründungen suchen. Und die finden wir in folgenden Feststellungen:

Offensichtlich gibt es in der amerikanischen Bevölkerung eine tief gehende Spaltung in zwei Lager, die sich nahezu kompromisslos ablehnend gegenüber stehen. Das hat sich in der Wahlbeteiligung niedergeschlagen. 25,6 % der 232 Millionen Stimmberechtigten haben Frau Clinton gewählt, nur 25,5 % Herrn Trump. Fast 47 % der Wahlberechtigten sind erst gar nicht zu den Urnen gegangen.

Die amerikanische Gesellschaft ist wirtschaftlich sehr inhomogen. Es gibt eine große Spreizung zwischen Arm und Reich. Neben den Gewinnern der von IT und Globalisierung getragenen Entwicklung gibt es eine große Zahl an Verlierern, insbesondere in der Mittelschicht. Dort leben und arbeiten Menschen, die, obwohl sie zwei oder sogar drei Jobs haben, von zunehmender Sorge vor sozialem Abstieg erfüllt sind.

Und diese Menschen fühlen sich mit ihren Sorgen und Ängsten von der herrschenden politischen Kaste, dem sogenannten Establishment, nicht ernst genommen, verstanden oder gar vertreten. Ich denke, dass die Zugehörigkeit zum Establishment ein wesentlicher Faktor war, der einen Wahlsieg von Hillary Clinton verhindert hat. Die Mitglieder der verunsicherten Mittelschicht haben ihr einfach nicht geglaubt, dass sie ihre Sorgen versteht und in ihre politische Arbeit einfließen lässt.

Meschede, November/Dezember 2016

Das war bei Donald Trump offensichtlich anders. Mit seinen in keiner Weise politisch korrekten Pöbeleien hat er wohl den Nerv eines großen Teils der Wähler getroffen. Und – erstaunlich genug – haben auch die politischen Institutionen der amerikanischen Gesellschaft nicht verhindern können, dass ein Mann wie Trump zum Präsidenten der ältesten Demokratie der Neuzeit aufsteigen konnte. Das wirft ein schlechtes Bild auf den Zustand der amerikanischen Gesellschaft. Es kann doch nicht sein, dass ein Volk, das im Laufe seiner Geschichte so viele herausragende Persönlichkeiten hervorgebracht hat, wenn es um das höchste Staatsamt geht, immer nur in den Schablonen weniger Großfamilien des Establishments (Kennedy, Bush, Clinton) entscheidet. Dann darf man sich in der Tat nicht wundern, wenn unerwartet eine zweifelhaft-schillernde Person wie Donald Trump es bis zum Präsidenten bringt.

Nun müssen wir mit dem Wahlergebnis leben, und daraus erwachsen viele Sorgen und Befürchtungen. Hat doch Trump im Wahlkampf sich eindeutig gegen offene Grenzen und Freihandel und für protektionistische Abschottung der amerikanischen Wirtschaft ausgesprochen. Wenn er diese Proklamationen in politisches Handeln umsetzt, wird das ein schwerer Schlag gegen die wachstumsfördernden Elemente des freien internationalen Austauschs von Gütern und Dienstleistungen. Darunter werden die USA selbst, daneben aber insbesondere die Länder zu leiden haben, deren Volkswirtschaft wesentlich auf einem starken Außenhandel beruht. Und dazu zählt in erster Linie Deutschland, dessen Wirtschaft in erheblichem Umfang in die USA exportiert.

Für die Vereinigten Staaten hat Trump ein großes Investitionsprogramm in die Infrastruktur des Landes und sinkende Steuern versprochen. Unausgesprochen bedeutet das, dass das ohnehin schon immense Defizit im Staatshaushalt weiter steigen und auf Sicht die Inflation spürbar zunehmen wird.

Wenn Sie sich nun Gedanken darüber machen, ob Sie infolge des amerikanischen Wahlergebnisses ihre Anlagedispositionen neu justieren müssen, empfehle ich Zurückhaltung. In langfristiger Betrachtung hat sich immer wieder gezeigt, dass der Einfluss politischer Entwicklungen auf Aktienkurse verhältnismäßig gering ist. Das hat sich auch aktuell nach dem überraschenden Wahlausgang in den USA bestätigt. Nur ganz kurzfristig hat es an den fernöstlichen Börsen, die ja zeitlich am nächsten dran sind, ein kleines Chaos gegeben. An den westlichen Börsen hat das politische Ereignis praktisch keine Spuren hinterlassen. Wenn Sie unbedingt Entscheidungen treffen wollen, sollten Sie US-Aktien bevorzugen, die erwartbar von den wirtschaftspolitischen Intentionen der Trump-Regierung profitieren können (Infrastruktur, Pharma, Finanzwesen).

Viel Glück bei Ihren Dispositionen wünscht Ihnen Ihr

Wenn Sie Interesse am Nachlesen der bisher erschienenen Kolumnen haben, finden Sie diese auf unserer Homepage [www.dr-rieden.de](http://www.dr-rieden.de)